

Pressemitteilung

Zum Stadtratsbeschuß Minden vom 15.1.2015 : „Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA, kommunale Selbstverwaltung schützen und Verhandlungen transparent machen“

Das Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen begrüßt die klare und eindeutige Positionierung des Mindener Stadtrates gegen die Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge durch die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA, wie sie auf der Sitzung am 17.01.15 beschlossen wurde. Der Tagesordnungspunkt und der Beschlußantrag wurde von der Fraktion der Linken initiiert (MT berichtete). „Die große parteienübergreifende Zustimmung zu dem Beschlussantrag bei nur zwei Gegenstimmen finde ich bemerkenswert ebenso wie die gute Sachkenntnis von vielen Stadtabgeordneten“ findet Klaus Albert Bolten vom Bündnis, „dies war vor einigen Monaten noch anders.“ Auf der Sitzung wurde die große Sorge der Kommunalpolitiker über die negativen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Selbstverwaltung der Städte und auf die öffentliche Daseinsvorsorge deutlich.

Das Bündnis sieht darin einen großen Erfolg seiner Informations-Kampagne, in der es seit über einem Jahr über die Folgen der Freihandelsabkommen, nämlich die großen Risiken für unsere gesamte Demokratie und Gesellschaft aufgeklärt hat. Die Mitglieder des Mindener Stadtrates wurden durch das Bündnis über die Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung gesondert informiert.

Derzeit finden Verhandlungen über drei Freihandelsabkommen statt, das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen EU und USA, das Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA zwischen EU-Kanada und das Trade in Services Agreement (TiSA) zwischen EU, USA und weiteren 20 Staaten, bei dem es um Dienstleistungen jeglicher Art geht.

Die Verhandlungen zu allen drei Abkommen fanden und finden als Geheimverhandlungen statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl auch Städte und Kommunen von allen Abkommen betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht direkt in die Verhandlungen eingebunden und haben keinerlei Zugang zu den Verhandlungsunterlagen.

Bei TTIP, TiSA und CETA erhalten internationale Konzerne im Rahmen der Investitionsschutzes ein Sonderklagerecht auf Zahlung von Schadensersatz vor speziellen Schiedsgerichten, sofern demokratisch beschlossene Gesetze und jegliche Form von Regulierung monetäre Nachteile bewirken. Die Klagen werden vor privaten, geheim tagenden Schiedsgerichten verhandelt. Diese

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

stellen eine Paralleljustiz dar, die grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft und die Konzerne einen außergewöhnlichen Einfluss auf Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen gibt. Bekanntlich hat Vattenfall Deutschland wegen des Atomausstieges zur Zahlung von 4,7 Mrd. € verklagt. Auch Beschlüsse von Städten und Gemeinden können Anlass für solche Klagen sein. Dies stellt einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

„Insofern ist der Beschluss des Mindener Stadtrates mit der Aufforderung an Bundes- und Landtag, an EU-Parlament, an Bundes- und Landesregierung nur konsequent, für eine transparente und offene Verhandlungsführung und für eine aktive Mitgestaltung der Inhalte für die berechtigten Interessen der Kommunen zu sorgen“ begrüßt Bernd Mehrhoff, Ortsvorsitzender der Verdi den Beschluss.